

## Mehr Geld und mehr Kompetenz in der Integration !

### Andrew Katumba, Gemeinderat Stadt Zürich, Kandidat SP Kanton Zürich

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Der Bund hat bis jetzt jährlich nur 14 Mio. Franken für Integrationsbemühungen aufgewendet. Erst kürzlich hat er den Kredit um 2.6 Mio. erhöht. Dies ist lächerlich, wenn man bedenkt, dass der Bund jährlich nur schon 20 Mio. für den Erhalt der einheimischen Tabakpflanze ausgibt. Am 24. Oktober 2006 hat das Schweizer Volk das neue Ausländergesetz angenommen. Darin soll die Situation der dauerhaft anwesenden Ausländerinnen und Ausländer verbessert werden. Wir fordern eine massive Erhöhung der jährlichen Beiträge. Wir fordern zudem die Anstellung von IntegrationsexpertInnen mit einem Migrationshintergrund.

In der Schweiz leben rund 1.5 Mio. Ausländerinnen und Ausländer. 35% leben schon seit mehr als 15 Jahren in diesem Land und haben sich schon längst integriert. Bald 50% aller hier lebenden Personen haben bereits einen Migrationshintergrund. Trotzdem wird ein Teil unserer Bewohner in diesem Land systematisch schikaniert. Sei es bei der Stellensuche oder durch widerkehrende öffentliche Angriffe von politischen Parteien. Die Schweiz ist ein Einwanderungsland, aber die AusländerInnen sollen nicht sichtbar sein. Die ausländische Bevölkerung hat genug von den fremdenfeindlichen Parolen gegen die ausländischen Mitbewohnerinnen und Mitbewohner dieses Landes. Auf Bundesebene wurde bisher nur wenig unternommen, um das Misstrauen gegenüber unserer ausländischen Bevölkerung zu mildern und das Zusammenleben in gegenseitigem Respekt und Toleranz zu fördern.

Das neue Ausländergesetz wurde am 24. Oktober 2006 von der Stimmbevölkerung klar angenommen. Die rechtsbürgerlichen Parteien haben diese Vorlage tatkräftig unterstützt. Wir wollen, dass die darin verankerten Integrationsziele ernst genommen werden und bald umgesetzt werden. Deshalb fordern wir eine sofortige Erhöhung der Integrationsmittel um jährlich 30 Mio. Franken und ein landesweites Werbeverbot, dass sich diskriminierend gegen ethnische Minderheiten in unserem Land richtet!

Es gilt nicht bloss die Haltung der AusländerInnen zu verändern, ihnen Deutsch beizubringen und zu zeigen wie man den Abfall richtig entsorgt. In einer direkten Demokratie gehört zu den grundlegenden Elementen die Mitbestimmung aller. Die Beteiligung aller ist für das funktionieren einer direkten

Demokratie unerlässlich. Die direkte Demokratie kann nicht funktionieren, wenn ein fünften der Bevölkerung ausgeschlossen ist oder die Erteilung der Bürgerrechte willkürlich erfolgt. Dass rund 20% der in der Schweiz wohnhaften und erwerbstätigen Menschen keine politischen Rechte haben ist ebenso falsch und undemokratisch wie damals die Tatsache, dass den Frauen das Stimm- und Wahlrecht so unnötig lange verweigert wurde. Demokratie

**«Gemeinsam auf Vertrauen bauen»  
Überparteilichen Medienkonferenz**



bedeutet, dass das Volk regieren soll und Migrantinnen und Migranten gehören ebenfalls zum Volk. Wir fordern deshalb das fakultative Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene. Wir fordern eine erleichterte Einbürgerung für AusländerInnen der 2. und 3. Generation. Und zwar schweizweit!

Die Förderung und Koordination der Integration durch entsprechende Fachstellen auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene ist eine richtige und wichtige Aufgabe. Zur Zeit ist ein Grossteil der vorhandenen Fachstellen mit Personen ohne Migrationshintergrund besetzt. Wenn der überwiegende Teil der Gleichstellungsbüros durch Männer besetzt wäre würde ein unhörbarer Aufschrei durch unser Land gehen. Wir bedauern diesen Missstand und fordern umgehend eine Praxisänderung.